

Mittelstandsbeirat fordert stärkere Eigenkapitalkraft der Wirtschaft

Für eine „Politik der Stärkung der Marktkräfte“ hat sich der Beirat für Fragen des gewerblichen Mittelstandes und der freien Berufe beim Bundeswirtschaftsministerium in einer 12 Punkte umfassenden Empfehlung eingesetzt. In der Präambel heißt es, der Beirat unterstütze die Bundesregierung in ihrem Bemühen, durch weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Ertragskraft und Eigenkapitalbildung der Wirtschaft zu stärken, um mehr produktive Investitionen anzuregen. Dadurch würden die Voraussetzungen für neue rentable Arbeitsplätze und dauerhafte Einkommen geschaffen werden.

Als vorrangig bezeichnet der Mittelstandsbeirat Maßnahmen, die zu Entlastungen bei den ertragsunabhängigen Steuern führen, vor allem durch einen Abbau der Vermögensteuer auf Betriebsvermögen. Dadurch würde die Ertrags- und Kapitalbildung insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen wirksam gefördert werden. Die weiteren Forderungen des Mittelstandsbeirates:

▷ Neugestaltung des Lohn- und Einkommensteuertarifes, insbesondere durch Abflachung des Progressionsanstiegs im mittleren Bereich. In diesem Zusammenhang gehörten auch die notwendigen Verbesserungen bei der steuerlichen Berücksichtigung der Vorsorgeaufwendungen von Selbständigen für Alter und Krankheit. Eine Abflachung der Steuerprogression wäre auch ein Beitrag zur Eindämmung der Schwarzarbeit.

▷ Ferner: Abbau ausbildungshemmender Vorschriften, um den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu unterstützen. Hierdurch könnte die bisher schon hohe Ausbildungsbereitschaft gerade kleiner und mittlerer Unternehmen so-

wie der freien Berufe gesichert und gestärkt werden.

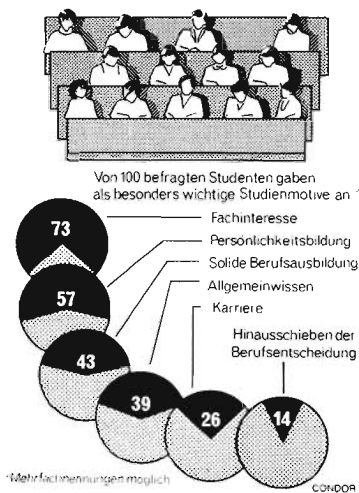
▷ Ausbau der indirekten Forschungsförderung, insbesondere durch eine Umschichtung von direkten zu indirekten Fördermaßnahmen sowie steuerliche Begünstigung der Bereitstellung von Wagniskapital durch private Kapitalgeber für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen. EB

Erste Privatuniversität in Witten/Herdecke

Die erste deutsche Privatuniversität, die ohne öffentliche Mittel auskommen und sich nur durch Förderbeiträge finanzieren will, hat in Witten/Herdecke den Lehrbetrieb aufgenommen. „Wir sind erst am Anfang eines langen Weges für unser Land“, erklärte der Vorsitzende des Vorstands des Universitätsvereins, der Herdecker Arzt Dr. Konrad Schily, bei der Eröffnungsfeier in Witten. Der nordrhein-westfälische Minister für Wissenschaft und Forschung, Hans Schwier (SPD), erklärte, er sei sicher, daß die neue Universität die vielseitige Hochschullandschaft bereichern werde. Das Land Nordrhein-Westfalen hatte im Juli vergangenen Jahres nach längerem Zögern die Genehmigung für die private Hochschule erteilt. Zunächst werden 25 Medizinstudenten ihr Studium aufnehmen. Als weitere Studienangebote sind Orientalistik, Philosophie, Biologie, Chemie, Mathematik sowie voraussichtlich Jura und Ingenieurs- und Wirtschaftswissenschaften geplant. Nach dem Ende der letzten Ausbaustufe in etwa zehn Jahren sollen etwa 3000 Studienplätze zur Verfügung stehen.

Die Hochschule sucht sich ihre Studenten nach einem eigenen Verfahren aus. Dabei spielen die Abiturnoten nur eine untergeordnete Rolle. Mehr Wert legen die Verantwortlichen bei der Zulassung auf den Leistungswillen und auf das soziale Engagement der Studienbewerber. ap/EB

Gründe fürs Studium



Die meisten deutschen Studenten gehen zur Hochschule, weil sie sich für ihr Studienfach interessieren. Dies ergab eine Befragung durch das Baden-Württembergische Ministerium für Wissenschaft und Forschung. Weitere wichtige Studienmotive sind der Wunsch nach Persönlichkeitsbildung und einer soliden Berufsausbildung. Karrieredenken oder Unentschlossenheit spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. (co)

Auslandshilfe der Caritas

32 Millionen DM an Not- und Katastrophenhilfe hat der Deutsche Caritasverband 1982 geleistet; die Hilfe für Polen ist in dieser Zahl nicht einmal enthalten. Der Schwerpunkt lag bei Hilfen für Opfer bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen und für Flüchtlinge. An nächster Stelle stehen Wiederaufbaumaßnahmen nach Erdbeben und Überflutungen. Die Finanzierung erfolgte zu 48 Prozent aus Spenden, zu 32 Prozent aus kirchlichen Haushaltsmitteln und zu 20 Prozent aus öffentlichen Mitteln. Darüber hinaus wurden Lebensmittel aus Beständen der Europäischen Gemeinschaft in Notstandsgebiete vermittelt. Der Marktwert liegt bei etwa 35 bis 40 Millionen DM. EB